

## Ex-Schindler-CEO Oetterli: «Wurde nicht entlassen»

**Ebikon** Der ehemalige Schindler-CEO **Thomas Oetterli** (Bild) hat sich erstmals öffentlich geäußert, nachdem im Januar sein überraschender Rücktritt von der Spitze des Ebikon Lift- und Rolltreppenherstellers bekannt wurde.



In einem Interview mit der «Finanz und Wirtschaft» sagte er, er sei nicht entlassen worden. «Aber für mich war es gut, mal nicht mehr von morgens früh bis abends spät eingespannt zu sein.» Ausserdem sei er immer noch für Schindler als Berater tätig. «Insgesamt arbeite ich seit 27 Jahren für Schindler, und es war an der Zeit, die operative Leitung an neue Leute zu übergeben, die neue Impulse geben können», sagte Oetterli.

Auf den Einwand, sein Nachfolger Silvio Napoli sei gleichzeitig sein Vorgänger, sagte Oetterli: «Ja, aber ich glaube, dass es in der aktuellen Phase gut ist, dass Silvio Napoli und COO Paolo Compagna ohne grosse Einarbeitungszeit die operative Führung übernehmen konnten.»

### Doppelbelastung sorgte für längere Diskussion

Im letzten Oktober wurde bekannt, dass Oetterli Verwaltungsratspräsident des Ostschweizer Technologiekonzerns SFS werden will. Damals war er noch CEO von Schindler.

Oetterli sagt nun rückblickend: «Dazu gab es eine längere Diskussion, natürlich auch mit dem Nominationskomitee von Schindler. Eine solche Doppelbelastung muss gut angeschaut werden. Aber man kam zum Schluss, dass man dem zustimmen kann. Unter anderem aufgrund meiner Erfahrung. Ich bin seit elf Jahren Verwaltungsrat bei SFS. Wenn ich neu dazugestossen wäre, wäre es wohl nicht möglich gewesen.» (mim)

# Unlautere Charmeoffensive?

Der Rohstoffkonzern Glencore steht vor der heutigen Generalversammlung gleich von mehreren Seiten unter Druck.

**Gregory Remex**

30 Jahre. So viel Zeit gibt sich Glencore, um seine fossil-braune Vergangenheit abzustreifen und sich zu einem grünen Unternehmen zu wandeln. Bis 2050 will der Baarer Rohstoffriesen klimaneutral sein. So steht es in der 2020 verabschiedeten Klimastrategie. Letzten November betonte Neo-CEO Gary Nagle gegenüber dieser Zeitung, Glencore sei der einzige bedeutende Bergbaukonzern weltweit, der Netto-Null-Gesamtemissionen anstrebe. Bis 2026 sollen diese bereits um 15 Prozent sinken.

Nachdem sich Analysten und Anlegerinnen zunächst erfreut über die neue Ausrichtung des Rohstoffkonzerns gezeigt hatten, häuften sich zuletzt allerdings die skeptischen Stimmen, die anzweifeln, dass Glencore seine ambitionierten Ziele mit dem gegenwärtigen Tempo werde erreichen können. Im Vorfeld der heutigen Generalversammlung haben die beiden einflussreichen Stimmrechtsberater ISS und Glass Lewis den Glencore-Anleger nun empfohlen, den Klimabericht 2021 abzulehnen.

### Zusätzliche Kohlemengen erlaubt

Stein des Anstosses ist die jüngste Kohle-Expansion des Konzerns, die dem vielfach geäußerten Versprechen, «das Kohlegeschäft sukzessive runterzufahren», zuwiderläuft. Glencore hatte unter anderem im Juni 2021 die Kohlemine Cerrejón in Kolumbien übernommen und will diese bald vergrössern. Zudem sollen in den nächsten Jahren die Kohle-Förderkapazitäten in Australien ausgebaut werden. Einige der Minen dürften ihre Produktion erst 2026 aufnehmen und auch bisher unberührte Kohlereserven in Gebieten des geschützten Koalabären erschliessen. Das veranlasste



Gegen die aktuelle Werbekampagne von Glencore wurde Beschwerde eingereicht.

Bild: PD

kürzlich auch das Australasian Centre for Corporate Responsibility (ACCR) zur Kritik. «Glencore bittet seine Aktionärinnen und Aktionäre, darauf zu vertrauen, die Kohleproduktion zu reduzieren, während in Australien neue Kohleminen erschlossen werden», monierte Dan Gocher, Direktor der Klima- und Umweltabteilung des ACCR. Gemäss Prognosen werde Glencores Kohleförderung im laufenden Jahr um 17 Prozent ansteigen, was dem vermittelten Bild eines «verantwortungsvollen Abbaus» widerspreche.

Auf die Vorwürfe angesprochen, verweist Glencore auf die Tatsache, dass die eigene Klimastrategie zusätzliche Kohlemengen erlaube, sofern «diese in Einklang mit den Portfoliozielen stehen». Im Klimabericht 2020 heisst es dazu: «Glencore wird einen kontrollierten Rückgang seines Kohlegeschäfts überwachen. Während unsere Anlagen in Kolumbien und Südafrika das Ende ihrer wirtschaftlichen Lebensdauer erreichen, wird unser australisches Geschäft voraussichtlich weiterhin die Kohle liefern, die zur De-

ckung der weltweiten Stahlproduktion und Energienachfrage erforderlich ist.»

Projekte im Kohleportfolio bewerte man stets nach strengen Kriterien und überprüfe, ob diese mit den gesetzeten Klimaschutzzielen vereinbar seien, führt eine Sprecherin auf Nachfrage aus. «Unser Schwerpunkt liegt nach wie vor auf der Reduktion von Emissionen, unabhängig von ihrer Quelle.» Das Engagement für einen Abbau des Kohleportfolios stehe in Einklang mit den Konzernzielen und der Überzeugung, dass «die

Veräusserung des Kohleportfolios nicht zu einer Reduzierung der absoluten Treibhausgasemissionen führen würde».

### «Stolz auf die Metalle, die wir fördern»

Das sieht nicht nur das ACCR anders, das sich ebenfalls für eine Ablehnung des Klimaberichts 2021 an der heutigen GV ausgesprochen hat und darauf verweist, dass rund 80 Prozent der totalen Treibhausgasemissionen von Glencore auf den Handel und Abbau von Kohle zurückgehen. Gleichzeitig sei das Kohlebusiness gerade jetzt überaus lukrativ. Bei den gegenwärtigen Spitzenpreisen, die auch eine Folge des Ukraine-Krieges darstellen, könnte die Kohle gemäss Schätzungen rund 40 Prozent zum diesjährigen Ebitda von Glencore beitragen.

Die Kritik an Glencores Kohlegeschäft fällt in eine Zeit, in der das Unternehmen wegen seiner Anteile am russischen Erdölförderer Rosneft und Aluminiumproduzenten En+ ohnehin unter starkem öffentlichen Druck steht. Die aktuellen Dissonanzen haben dem Konzern kürzlich gar eine Beschwerde bei der Lauterkeitskommission eingebracht. Im Schreiben, das dieser Zeitung vorliegt, beschuldigt der beschwerdeführende Verein «Konzernverantwortung» Glencore des «Greenwashings». Mit seiner aktuellen Werbekampagne in der Deutschschweiz und der Romandie vermittele Glencore dem falschen Eindruck, ein umweltfreundliches Unternehmen zu sein, obwohl es zentrale Teile seines Umsatzes mit fossilen Brennstoffen erwirtschafte.

In Baar heisst es dazu: «Wir haben die Beschöpfung auf offiziellem Weg nicht erhalten. Wir sind stolz auf unsere faktenbasierte Kampagne und ebenso auf die Metalle, die wir fördern.»

## Aussichten

# Ökonomische Gesetze und der gesunde Menschenverstand

Ökonomen wird oftmals vorgeworfen, sie hätten nicht hinreichend vor einer drohenden Krise gewarnt. Mal bezieht sich der Sachverhalt auf die europäische Schuldenkrise von 2011/12, mal auf die rasant steigenden (Hypothekar-) Zinsen von 2022. Grosse Erschütterungen wie die globale Krise von 2008/09 wurden mit einem Beben an den Finanzmärkten verglichen. Das ist eine falsche Metapher, denn eine Finanzkrise ist keine Naturkatastrophe. Sie ist vielmehr zu 100 Prozent von Menschen verschuldet.

Die Mathematisierung der Ökonomie hat zu einer Vielzahl von Modellen geführt. Am beliebtesten sind Risikomodelle, ohne die ein strukturiertes Steuern der Risiken tatsächlich kaum mehr denkbar wäre. Schon im ersten Semester

eines Bachelor-Lehrgangs werden deshalb Risikomodelle unterrichtet, beispielsweise für die wahrscheinlichkeitsbasierte Optimierung eines ausgewogenen Anlageportfolios. Was dabei häufig untergeht, ist das Modellrisiko, d. h. das Risiko des «falschen» Modellierens, indem man auf falsche Annahmen und Parameter setzt. Ein Modell ist immer nur so gut, wie es in der Lage ist, die Wirklichkeit abzubilden.

Das vergessene Werkzeug ist aber weder das Modell noch die Mathematik. Es ist der gesunde Menschenverstand. Bei allen statistisch-ökonomischen Fortschritten der letzten Jahre, deren Kennzahlen und Indikatoren man inzwischen selbst auf Factsheets von Finanzprodukten transparent festhält, geht allzu oft vergessen, dass die Ökono-

mie keine exakte Naturwissenschaft ist, sondern eine Sozialwissenschaft. Ökonomische Gesetzmässigkeiten sind keine Naturgesetze.

In jüngster Zeit finden deshalb zu Recht auch wieder Wirtschaftshistoriker mehr Beachtung. Sie sind in der Lage, Krisen über Jahrhunderte hinweg als ein immer wiederkehrendes Phänomen einzuordnen. Ein Klassiker ist das Buch «Manien, Paniken, Crashes. Die Geschichte von Finanzkrisen» von Charles Kindleberger. Darin zeigt er, wie es immer wieder Spekulationsblasen und Übertreibungen an den Kapitalmärkten gab, z. B. die Tulpenmanie in Holland im 17. Jahrhundert oder die Südde- und die Mississippi-Blase im 18. Jahrhundert. Einen Bankier, der 1720 in Südseeaktien investierte,

zitiert Kindleberger mit den Worten: «Wenn der Rest der Welt verrückt ist, muss man bis zu einem gewissen Grad mitmachen.»

Das Mitmachen wird heute sogar zelebriert. Passives Mitschwimmen gilt als Norm. Es soll möglichst nicht mehr hingeschaut, hingehört oder gar nachgedacht werden. Man soll einfach anlegen wie die Masse. Die vorherrschende Meinung ist, dass man nichts vorhersehen kann. Ökonomen haben seit zwei Jahren darauf hingewiesen, dass das historisch niedrige Negativ- und Nullzinsumfeld kein natürliches sei. Das Zinsgleichgewicht einer robusten Volkswirtschaft befände sich wesentlich höher. Mit der geldpolitischen Wende nähern wir uns gegenwärtig dieser Normalisierung.

Mit viel billigem Geld schützen die Zentralbanken unsere Weltwirtschaft vor dem Absturz in die Rezession und Depression. Nun erfolgt eine kontrollierte Umkehrung. Geld wird wieder etwas knapper, was gar nicht so arg ist. Denn im gegenwärtigen Wirtschaftsaufschwung beschleunigt sich die Geldumlaufgeschwindigkeit deutlich und erfordert weniger Zentralbankengeld. Nun wird die gegenwärtige konjunkturelle Dynamik genutzt, um die Leitzinsen – die Mindestkosten für das Eigen- und Fremdkapital einer Volkswirtschaft – deutlich in Richtung «natürlicher» Gleichgewichtszins zu bewegen.

Krisen sind eine Herausforderung, weil sie im Moment der maximalen Unsicherheit dazu verleiten, in qualitativ hoch-

wertige Wertpapiere zu investieren, beispielsweise in Anleihen mit erstklassigen Ratings wie etwa eidgenössische Anleihen. Diese modellbasierte Fokussierung hat ihren Preis. Der Index der eidgenössischen Staatsanleihen büsste in den letzten vier Monaten 14 Prozent an Wert ein. Vielleicht wäre es besser gewesen, sich auf den gesunden Menschenverstand zu verlassen.



**Maurice Pedergnana**  
Professor für Banking und Finance an der Hochschule Luzern und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ).